

Bezugspreise:
für Halle monatlich bei zweimonatlicher
Bestellung 7.50 Mark, vierteljährlich
22.50 M., durch die Post monatl.
8.25 M., vierteljährlich 24.75 M.
Einzel. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden von allen Reichs-
postanstalten angenommen. Im
amtlich. Zeitungserzeichnis unter
Coale-Zeitung eingetragen. Für
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe „Coale-Zeitung“ ge-
laubt. Fernr. der Geschäftsleitung Nr.
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1103
u. 1133, der Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Coale-Zeitung

Zwanzigundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 2 gelappten 33 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.,
Familienanzeigen 40 Pf., Restamen
die 92 mm breite Millimeterzeile
2.50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsleitung u. sämtlichen
Anzeigengeschäften. Erfüllungsort:
Halle. Erhöht täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schreibweise und Haupt-Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Brau-
nstraße 1a, Gr. Brauhausstr. 17.
Neben-Geschäftsstellen: Große
Mühlstraße 52 und Markt 24.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 228 13.

Nr. 451.

Halle, Dienstag, den 27. September 1921.

Einselpreis 30 Pfg.

Reichstagsbeginn.

Von einem Parlamentarier.

Die langen parlamentarischen Sommerferien sind zu Ende. Heute, Dienstag, tritt der Reichstag in Berlin wieder zusammen. Zwar haben einige Sachurschüsse schon vorher wieder gearbeitet; aber die eigentliche politische Arbeit beginnt doch erst jetzt wieder. Man muß wünschen, daß die Reichstagen mit ausgerüsteten Kräften und vor allem mit erhobenen Herzen zurückkehren; denn die Arbeit, die sie erwartet, erfordert diesmal in besonders hohem Grade beides: Kraft und Nerven.

Man mußte ja schon lange, daß das Hauptstück der Wintertagung die Steuerberatung sein wird. Man kennt alle die Schwierigkeiten, die diese Beratung bietet. Noch sind längst nicht alle Steuervorlagen der Reichsregierung dem Reichstag zugegangen. Aber die wichtigsten Richtlinien sind doch in letzter Zeit aus den Beratungen des Reichswirtschaftsrates bekannt geworden. Und wenn dort auch erfreulicherweise eine steuerpolitische Einheitsfront vom Freiherrn von Rüdiger bis Wilhelm zu Stande gekommen ist, so braucht deshalb eine steuerpolitische Einheitsfront im Reichstag noch lange nicht gesichert zu sein. Auch im Reichswirtschaftsrat kreitet man noch am Einzelbestimmungen. Dieser Streit wird in der politischen Körperschaft des Reichstages noch heftiger entbrennen. Außerdem wird im Reichstag die äußerste Rechte schon aus parteipolitischen agitatorischen Bedürfnis nicht für eine Parteieinheit mit den übrigen Parteien zu gewinnen sein. Es sind also heftige Steuerkämpfe unvermeidlich.

Und doch muß mit heissem Bemühen eine Übereinstimmung einer starken Reichstagsmehrheit in der Steuerberatung gesucht werden. Die Äußerungen, die dem deutschen Volk nach dem Zusammenbruch und nach dem erbarmungslosen Diktate der Fremde auferlegt werden müssen, sind so überaus schwer, daß sie nur dann übernommen und getragen werden können, wenn eine große, gewichtige Mehrheit der Volksvertretung sie gutheißt. Würde dagegen die neue Belastung mit nachteiligen und sehr knappen Mehrheiten beschloffen werden, so wäre der wilde Agitation gegen die Steuern im Lande Dr. und Lr. geöffnet, und die bisher schon hergehende Unzufriedenheit würde immer weiter wachsen. Welche Folgen das für die Autorität der Reichsregierung, für den Bestand der Republik und für den inneren und äußeren Frieden haben müßte, das ahnen wir schmerzhaft aus den Ereignissen der letzten Monate.

Eine nicht einheitliche Beschlußfassung der Mehrheit bei den Steuern müßte auch die Parteikämpfe neuerdings verschärfen, von denen wahrhaftig das deutsche Volk genug und übergenug hat. Die Gegensätze haben bisher, im großen und ganzen zwar vor den Koalitionsparteien Halt gemacht. Zentrum, Demokraten und Reichssozialdemokraten ließen geschloffen auf dem Boden der Erfüllungspolitik und wollen bis zur äußersten Grenze des Möglichen an die Aufbringung der Milliardensummen gehen, welche die Entente von uns fordert. Aber über die Wege, auf denen die Summen aufgebracht werden sollen, gibt es auch unter den Regierungsparteien noch Meinungsverschiedenheiten. Ja, diese Meinungsverschiedenheiten gehen sogar durch jede einzelne Partei hindurch. Alles muß daran gesetzt werden, daß wenigstens diese Meinungsverschiedenheiten ausgeglichen werden und die Koalitionsparteien untereinander eine einheitliche Linie finden, die sie einträchtig innewahalten entschlossen sind. Sonst könnte die Steuerberatung von rechts und links Schäden herbeiführen, die nie wieder gut zu machen sind.

Von einer Auflösung des Reichstages am der Steuerprobleme willen ist zwar in letzter Zeit nicht mehr ernsthaft die Rede. Darin scheint wenigstens Einigkeit zwischen den Reichsparteien zu herrschen, daß ein die tiefsten Tiefen aufwühlender Wahlkampf um die Steuern dem deutschen Volk erspart bleiben muß. Aber die Voraussetzung dazu ist eben die Verständigung der Reichsparteien untereinander. Sonst könnte gerade bei dem parlamentarischen System die Vertriebenheit der Opposition leicht Uebererregungen bringen, welche die Regierung oder die Reichsparteien wider ihren Willen zur Auflösung des Reichstages und zu neuen Wahlen zwingen. Also auch aus diesem Grunde ist die Zurückhaltung parteipolitischer Ziele und die Ausgleichung etwaiger Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Regierungsparteien die erste und wichtigste Aufgabe der kommenden Winter-session.

Diese Aufgabe ist nun dadurch besonders schwierig geworden, daß eine Erweiterung der Regierungskoalition so gut wie sicher vor der Tür steht. Wir Demokraten haben sie immer und auch in Zeiten der Not, und öffentlich gefordert, als das recht unpopulär war. Wir können also nur unsere Genugtuung darüber äußern, wenn sie jetzt endlich Tatsache wird. Aber wir verkennen dabei keineswegs die neuen Schwierigkeiten,

die sich hierdurch aufdrängen. Die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Koalition und in die Reichsregierung kann nur dann zweckmäßig und für das Vaterland nützlich sein, wenn über die Hauptaufgaben der nächsten Monate, über die Behandlung der Steuererträge, zuvor eine Verständigung mit der neu hinzutretenden Partei erfolgt. Man weiß aus den Veröffentlichungen der Parteipresse sowohl der Deutschen Volkspartei wie der Reichssozialdemokratie, daß eine Übereinstimmung zwischen ihnen noch starken Widerständen begegnet. Wenn indessen, wie es scheint, auf beiden Seiten erkannt wird, daß die Not des Vaterlandes und die Erhaltung der demokratischen Republik eine geistliche Zusammenarbeit unter allen Umständen notwendig machen, dann wird man auch trotz aller Kennungen in der Steuerfrage zusammenzukommen versuchen. Es ein Wille ist, ist auch ein Weg.

Wenn aber die sachliche Zusammenarbeit durch Verhandlungen der nächsten Tage einmal gesichert ist, werden die persönlichen Auseinandersetzungen, die auch noch notwendig sind, die Verbreiterung der Koalition und die Zusammenfassung aller positiv aufbauenden Kräfte nicht mehr hindern. Auch der Konflikt zwischen dem Reich und Bayern, der wohl in den ersten Sitzungstagen zur Sprache kommen wird, dürfte dann nur ein leidenschaftliches Aufschäumen gegen die Bundesräte rechts und links, aber keine Kränkung mehr erzeugen.

Möge die Hoffnung der Besen am Volk nicht enttäuscht werden, daß der Wiederzusammentritt des Reichstages diesmal den Beginn ruhiger, ernster Aufarbeit bedeutet!

Die Verhandlungen mit Bayern.

München, 26. Sept. Amlich wird mitgeteilt: Das Ergebnis der zwischen der bayerischen Staatsregierung und der Reichsregierung gepflogenen Verhandlungen über den Erlaß der Reichsregierung vom 29. August und über die Aufhebung des Ausnahmestandes in Bayern wird am Dienstag nachmittag in der Gegenwart von Beratungen im Verfassungsausschuß des Landtags sein. Um der verfassungsmäßigen Entscheidung des Landtags nicht vorzugreifen, ist bisher von der Veröffentlichung des Wortlauts der Abmachungen abgesehen worden. Bedauerlicherweise ist durch Indirektion eine unrichtige Veröffentlichung der Abmachungen erfolgt und der Eindruck erweckt worden, als ob nach den jetzt getroffenen Vereinbarungen das Reichsministerium des Innern selbstständig eine Verfügung erlassen könnte und der Landesbehörde nur das Recht der Beschwerde an den Reichsausschuß zustände. Das ist falsch. Im Gegenteil ist tatsächlich vereinbart worden, daß die Landeszentralbehörde allein das Recht zum Erlaß von Verboten hat. Der Reichsminister des Innern hat nur das Recht, an die Landeszentralbehörde das Erlaß um den Erlaß von Verboten und Beschlagnahmen zu richten; wenn die Landeszentralbehörde glaubt, einem solchen Erlaß nicht Folge leisten zu können, dann tritt die schiedsrichterliche Entscheidung der föderativen Instanz des Reichsausschusses ein.

Besprechungen in Berlin.

Heute vormittag wurden zwischen dem Reichskanzler Dr. Wirth und den Führern der Koalitionsparteien Besprechungen geführt, bei denen Minister Dr. Rathenau über seine Verhandlungen mit den französischen Wiederaufbauminister Lougeur Bericht erstattete. Später wurden auch die Führer der Oppositionsparteien über die Wiesbadener Verhandlungen unterrichtet. Die Besprechungen waren vertraulich. Die Frage der Regierungsbildung wurde nicht erörtert.

In der Reichskanzlei ist heute nachmittag eine Besprechung der Führer der Koalitionsparteien mit dem Reichskanzler über die allgemeine politische Lage, wobei, wie die Blätter glauben, die Erörterungen über die Verbreiterung der bisherigen Regierungskoalition im Vordergrund stehen werden.

Die Handhabung der Vergnügungssteuer in Preußen.

Nach den reichsgerichtlichen Bestimmungen über die Vergnügungssteuer haben die Landesregierungen oder die von ihr beauftragten Behörden zu entscheiden, in welchen Fällen das Vorliegen von künstlerisch höchsten Werken unter den Voraussetzungen ordnungsmäßiger Geschäftsführung oder Raffinesse im Sinne des Gesetzes angenommen werden kann. In Preußen ist, wie die „Dena“ erzählt, von den Ministern des Innern und der Finanzen die Anordnung getroffen worden, daß über die Frage, ob die vorgenannten Voraussetzungen erfüllt sind, in Gemeinden bis zu 50 000 Einwohnern der Gemeindevorstand, auf Weisung endgültig der Regierungspräsident zu entscheiden hat. Dagegen liegt in Gemeinden über 50 000 Einwohnern die Entscheidung bei einem Ausschusse, der von der Aufsichtsbehörde zu ernennen ist und der aus einem Vertreter der Staatsbehörde, einem Vertreter des Gemeindevorstandes und einem künstlerischen Sachverständigen zu bestehen hat.

Frankreich und die Zurückziehung der amerikanischen Truppen vom Rhein.

Der Pariser Berichterstatter der „Associated-Press“ meldet:

Die amtlichen französischen Kreise sind sehr beunruhigt über die Berichte aus Washington, wonach die amerikanischen Truppen am Rhein nach der Ratifizierung des deutschamerikanischen Friedensvertrages zurückgezogen würden. Das Ministerium des Aeußeren hat keine Genehmigung darüber erhalten, aber der französische Botschafter in Washington, Jullienard, wurde angewiesen, die Entwicklung der Dinge genau zu verfolgen und im geeigneten Augenblick darauf hinzuweisen, daß Frankreich die Zurückziehung der amerikanischen Truppen tief bedauern würde, da die französische Regierung die Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte am Rhein als Grundlage der allierten Solidarität und als große Hilfe bei der Durchführung des Versailler Friedensvertrages ansehe.

Bezugslosten ohne Ende.

Die französische Rheinarmee hat die Einführung einer Zentralheizungsanlage für das vom französischen Plog-Commandanten in Mainz bewohnte Dienstadtgebäude verlangt. Bisher ist das Gebäude teils durch Kachelofenheizung, teils durch Eisenofenheizung erwärmt worden. Die Beheizung dieser nach der Ansicht der Bezugsbehörde nicht mehr modernen Ofenheizung wurde trotz eindringlichen Vorstellungen abgelehnt. Die Kosten der neuen Anlage betragen etwa 440 000 Mark.

Die Aufhebung der Sanktionen.

Neuer teilt offiziell folgendes mit: In Deutschland scheint den Erklärungen bezüglich der Bildung einer interallierten Organisation zur Wahrnehmung der Artikel 264—267 des Friedensvertrages eine irrtümliche Auslegung gegeben worden zu sein. Diese Organisation soll bekanntlich verhindern, daß zum Schaden allierter Staatsangehöriger irgendwelche Unternehmungen gemacht werden. Da über die allgemeine Frage der Schaffung einer solchen Organisation gemäß der Entscheidung des Obersten Rates wie über die Frage der Aufhebung der Wirtschaftsanktionen die Mächte sich in völliger Übereinstimmung befinden, ist die Annahme der Entscheidung des Obersten Rates seitens Deutschlands natürlich unvermeidlich, und in diesem Falle wird die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen die Folge davon sein.

Churchills Versöhnungspolitik.

Eine bedeutsame Rede.

In seiner großen Rede in Dundee, in der er anfangs die heutige katastrophale Wirtschaftspolitik aller Länder behandelte, fuhr Lord Churchill fort, England sei gezwungen, seine Flotte aufrecht zu erhalten und könnte auch auf ein Mindestmaß militärischer Streitkräfte nicht verzichten, das notwendig sei, um die Ordnung in den britischen Dominions aufrecht zu erhalten. Wenn man den Schwierigkeiten der Nachkriegsperiode begegnen wolle, so müsse ein friedliches Zusammenwirken zwischen den führenden Nationen herrschen. Es gebe zwei große Gruppen von Nationen, wovon jede notwendig für das Wiederherstellen der Sicherheit der Welt sei. Erstens sei notwendig ein Zusammenwirken Englands, Frankreichs und Deutschlands, um die Wohlthat Europas wieder aufzubauen; weiter sei notwendig ein Zusammenarbeiten der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Japans, um neue Wettbewerber in den Rüstungen zur See zu verhindern und den Frieden des Stillen Ozeans zu sichern. Churchill sagte, Großbritannien spiele eine äußerst wichtige Rolle bei dem Zustandekommen einer einträchtigen Kombination. England müsse jedoch in unbedingter Ehrlichkeit und Billigkeit gegen alle handeln. Ein Zusammenwirken zwischen England, Frankreich und Deutschland würde niemals zustande kommen, wenn England mit Deutschland auf Kosten Frankreichs Freundschaft halte, sondern im Gegenteil nur dadurch, daß England Frankreich fähig mache, daß es immer noch sein Freund sei. Der Freund in der Not werde England die stetigen Beziehungen für das Vertrauen in Frankreich und Europa schaffen. Die es in die Lage setzen würden, die zwischen Deutschland und Frankreich bestehende Spannung zu mildern und eine einträchtige gemeinsame Aktion dieser drei Mächte zu fördern, wozu nicht eine einzige ausgeschlossen werden dürfe, wenn Europa den früheren Reichtum und Ruhm wiedergewinnen wolle. In gleicher Weise könne England seine friedliche Zukunft im Stillen Ozean sichern oder den Rüstungen zur See Japan gebieten, wenn es die wohlverprobte Freundschaft mit Japan beistehe, welche ein größeres Einernehmen zwischen den drei Seemächten im Stillen Ozean zuliebe gebietet werden auf der Grundlage gemeinsamer Interessen und gegenseitigen Vertrauens. Churchill erklärte schließlich, er lege große Hoffnungen auf die Washingtoner Konferenz. Sie werde ein wirksames Eintreten der Vereinigten Staaten in die Verantwortung und Schwierigkeiten der Weltspolitik.

Berliner Fondsbörse vom 26. September.

Die Börse blickt auf einen eher stürmischen Tage zurück. Auf dem Aktienmarkt ist ein lebhafter Umsatze zu beobachten.

Von sonstigen Industriewerten, die ebenfalls bei starker Nachfrage steigert worden, hatten Hirsch & Kupper mit einer 80proz. Steigerung die Führung. Gasmotoren Deutz gewannen 75 pct.

In weiteferem Maße blieb die Haltung überwiegend ausgeprochen. Höher: Deutsch-Luxemburger mit 70 nach 74, Harpen 880 nach 985.

Antliche Kurse vom 26. September.

Table with columns: Deutsche Anleihen, Prämien-Anleihen, Hypotheken-Pfänder, and Kleinbank-Aktien.

Table with columns: Industrie-Aktien, Kleinbank-Aktien, and various stock prices.

Table with columns: Bank-Aktien, Kleinbank-Aktien, and various stock prices.

Table with columns: Deutsche Anleihen and Prämien-Anleihen.

Table with columns: Industrie-Aktien and Kleinbank-Aktien.

Table with columns: Bank-Aktien, Kleinbank-Aktien, and various stock prices.

Table with columns: Deutsche Anleihen and Prämien-Anleihen.

Table with columns: Industrie-Aktien and Kleinbank-Aktien.

Table with columns: Bank-Aktien, Kleinbank-Aktien, and various stock prices.

Table with columns: Deutsche Anleihen and Prämien-Anleihen.

Table with columns: Industrie-Aktien and Kleinbank-Aktien.

Table with columns: Bank-Aktien, Kleinbank-Aktien, and various stock prices.

Table with columns: Deutsche Anleihen and Prämien-Anleihen.

Table with columns: Industrie-Aktien and Kleinbank-Aktien.

Table with columns: Bank-Aktien, Kleinbank-Aktien, and various stock prices.

Table with columns: Deutsche Anleihen and Prämien-Anleihen.

Table with columns: Industrie-Aktien and Kleinbank-Aktien.

Table with columns: Bank-Aktien, Kleinbank-Aktien, and various stock prices.

Table with columns: Deutsche Anleihen and Prämien-Anleihen.

Table with columns: Industrie-Aktien and Kleinbank-Aktien.

Table with columns: Bank-Aktien, Kleinbank-Aktien, and various stock prices.